

Stellungnahme zur am 23.10.2014 vom IfG.CC herausgegebenen Wissenschaftlichen Studie „Aktuelle Ausprägung sowie Gestaltungsmöglichkeiten der E-Government-Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung“



Verantwortung

AutorInnen: Dagmar Lück-Schneider (Sprecher der Fachgruppe Verwaltungsinformatik (FGVI)), Siegfried Kaiser (Stellvertretender Sprecher der FGVI), Detlef Rätz (Stellvertretender Sprecher der FGVI)

Am Treffen haben teilgenommen: Dr. Siegfried Kaiser, Prof. Dr. Irene Krebs, Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider Prof. Dr. Jana Petzold, Prof. Dr. Detlef Rätz, Prof. Dr. Jörg Schmittwilken, Prof. Dr. Anne-Dore Uthe

Erweiterte Autorisierung: Das Leitungsgremium der Fachgruppe hat das Papier zustimmend zur Kenntnis genommen.

Anlass zur Stellungnahme

Die am 23.10.2014 vom IfG.CC herausgegebene Wissenschaftliche Studie „Aktuelle Ausprägung sowie Gestaltungsmöglichkeiten der E-Government-Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung“¹ wurde von der Fachgruppe mit Aufmerksamkeit gelesen. Es ergaben sich sowohl Zustimmungen als auch Abweichungen zu den dort dargestellten Auffassungen.

Ziele / Managementabstract

Mit diesem Papier soll eine

- a) generelle Zustimmung zum Anliegen des IT-Planungsrats,
- b) grundlegende Zustimmung zu wichtigen Aussagen der Studie,
- c) kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Aussagen der Studie zum Bild der Verwaltungsinformatik

erfolgen und damit das Vermeiden von nicht angemessenen Maßnahmen des IT-Planungsrats unterstützt werden.

a) Generelle Zustimmung zum Anliegen des IT-Planungsrates

Wir begrüßen, dass die vorliegende Studie in Auftrag gegeben wurde. Auch wir sehen Handlungsbedarf für die Modernisierung der Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst und für das Segment der Verwaltungsinformatik: Die starken informationstechnologischen Unterstützungs- und Automatisierungspotenziale für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfordern in der Tat rollenspezifische neue Ausbildungs- aber auch Rekrutierungsmuster.

b) Grundlegende Zustimmung zu wichtigen Aussagen der Studie

Da wir davon ausgehen, dass mögliche informationstechnologische Potenziale gegenwärtig noch bei Weitem nicht ausgeschöpft sind, schließen wir uns der Meinung an, dass ein ergänzendes Kompetenzbild zur Gestaltung von Organisationen mit IT wünschenswert ist.

Ebenso teilen wir die Auffassung, dass neu über Rekrutierungsmuster und Laufbahnrecht nachgedacht werden muss.

c) Kritische Auseinandersetzung

Methodik

- Meinungen aus der (Verwaltungs-)Praxis zum dort wahrgenommenen Bedarf fehlen.

¹ IfG.CC – The Institute for eGovernment (Hrsg). (23.10.2014). Wissenschaftliche Studie „Aktuelle Ausprägung sowie Gestaltungsmöglichkeiten der E-Government-Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung“. Zugriff am 31.08.2015 unter http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidungen/15._Sitzung/32_studie_e-gov_lang.html

- Datenbasis der Literaturanalyse:
Bei den betrachteten Publikationen war die Reputation der entsprechenden Zeitschriften ein wesentlicher Aspekt. Dies wird der Thematik nicht gerecht, da für die kleine Community der VerwaltungsinformatikerInnen kaum solche Zeitschriften existieren und von daher dort nicht primär publiziert wird (i. d. R. Wirtschaftsinformatik-Journals). Auch AutorInnen, die an (internen) Fachhochschulen für die öffentliche Verwaltung lehren, nutzen häufig andere Kanäle.
- Durch die vornehmlich webbasierte Analyse der Curricula von Studienangeboten sind Fehler und Fehlschlüsse aufgetreten².
- Es wurde nur die Anzahl der Angebote gezählt. Für eine exakte Übersicht wären auch Angaben zur Anzahl der Studierenden dieser Studiengänge von Interesse.
- Die betrachtete Menge berufsbegleitender Studiengänge irritiert. Entweder wurden die Auswahlkriterien nicht hinreichend transparent gemacht oder es wurden Studiengänge übersehen.³
- Die spezifische Situation von Fachhochschulen bleibt teils unberücksichtigt.⁴
- Große Behörden haben eigene Weiterbildungseinrichtungen (z. B. die Bundesagentur für Arbeit), deren Angebote wurden nicht beachtet, weil diese nicht öffentlich zugänglich sind.

Inhalte

- Studiengänge mit Informatikanteilen weisen immer auch darauf hin, dass es Bereiche gibt, die einem starken Wandel unterliegen. In diesem Kontext hat das Ausweisen solcher Inhalte auch für die Rekrutierung eine große Bedeutung, wenn es darum geht, Menschen anzusprechen, die einen Wandel für die öffentliche Verwaltung mitgestalten sollen.
- Unser Fachgebiet ist viel weniger technisch ausgerichtet als die Studie es vermittelt. Inhalte der technischen Informatik spielen in den betrachteten Studiengängen weitestgehend keine Rolle. Informatiker/innen nehmen ihr Fachgebiet in viel stärkerem Maße als eine Strukturwissenschaft, die sich mit Informationen und deren Verarbeitung befasst, wahr. Durch Lehrinhalte wie beispielsweise die Einführung in die Programmierung und Softwareentwicklung oder in Datenbanksysteme werden noch keine Spezialisten ausgebildet. Vielmehr entwickeln Studierende erst so die dringend benötigte Fähigkeit des Algorithmisierens sowie zur Bildung von Datenstrukturen. Derartige Kompetenz kann dann genutzt werden, um beispielsweise ressourcenschonende und wartungsarme Automatisierungen zu konzipieren (Stichworte: Schnittstellenüberlegungen, Datenmodelle, Redundanzvermeidung, Modularisierung, Massendaten- und Mehrbenutzermanagement). Nur so können sich Vorstellungen davon ausbilden, welche Automatisierungen leicht, welche weniger leicht realisierbar sind und wie Anwendungen nachhaltig zu konzipieren sind.

² a) Der Studiengang Verwaltungsinformatik der HWR Berlin umfasst, anders als auf S. 51 behauptet, sowohl in der alten wie neu akkreditierten Form interdisziplinäre Module, z. B. das Projektmodul, E-Government II oder auch Projekt- und Geschäftsprozessmanagement (um nur einige zu nennen).

b) Doppelte Zuständigkeiten bei der Organisation von Studiengängen blieben bei dem Bachelor-Studiengang Public Management und dem Masterstudiengang Non-Profit-Management and Public Governance, beide sowohl von der HTW Berlin/HWR Berlin organisiert, unberücksichtigt (s. S. 100, 103).

c) Der Studiengang Verwaltungsinformatik der Hochschule des Bundes ist ein Diplomstudiengang auf Fachhochschulebene. Er ist als Master falsch eingestuft (vgl. S. 53, S. 100).

d) Der Diplomstudiengang Verwaltungsinformatik der HFVR Bayern/FH Hof ist ebenfalls auf Fachhochschulebene angesiedelt und daher unter den Masterstudiengängen falsch zugeordnet (s. S. 100).

³ So gibt es allein an der HWR Berlin drei weitere berufsbegleitende Angebote für die öffentliche Verwaltung (den Bachelor Öffentliche Verwaltung und den Master Public Administration und den Master Europäisches Verwaltungsmanagement, der ehemals gemeinsam mit der FH Bund durchgeführt wurde).

⁴ So wundern sich die AutorInnen der Studie auf S. 54, dass an der HWR Studiengänge der Wirtschaftsinformatik E-Government-Aspekte nicht aufgreifen, obwohl hier explizit ein Verwaltungsinformatik-Studiengang existiert. Fachhochschulen organisieren aber ihre Studiengänge als geschlossene Kurse für feststehende Kohorten. Eine freie Anwahl von Modulen ist hier, anders als an Universitäten nicht möglich. In dem speziellen Fall kommt hinzu, dass die Angebote an völlig verschiedenen Standorten positioniert sind.

Weiterhin sind Effizienzbetrachtungen verschiedener Lösungsansätze (ablaufbezogen) eine typische Fragestellung der Informatik. Genau solche Überlegungen werden auch für Prozessoptimierungen in der öffentlichen Verwaltung benötigt. Studierende, die einen „Informatik-Blick“ erlernt haben, sind auf solche Analysen gut vorbereitet.

- Etliche dieser Inhalte sind nicht nur für eine Rolle der E-Government-Gestalter von Belang. Verbesserungsideen können von denen, die in den Prozessen aktiv sind, am ehesten wahrgenommen werden. Ohne ein grundlegendes Wissen über Möglichkeiten und zu bedenkende Aspekte (s. o.) kann dieses Potenzial allerdings nicht ausgeschöpft werden. Die Fähigkeit, die eigenen Abläufe und Fachverfahren kritisch zu hinterfragen sowie Modernisierungspotenziale aufzuspüren ist u. E. eine in der Hochschulausbildung für die öffentliche Verwaltung zu vermittelnde Grundkompetenz.

Anders wahrgenommener Kompetenzbedarf

- Verwaltungsinformatiker/innen (Bachelor, Diplom, aber auch AbsolventInnen aus Studiengängen für die öffentliche Verwaltung mit einem entsprechenden aufsetzenden Master) sind als Projektsteuerer für E-Government-Projekte erforderlich, damit qualifizierte Verwaltungsmitarbeiter/innen aus dem gehobenen Dienst für die Anforderungsanalyse und das Anforderungsmanagement, die Projektsteuerung und die Projektabschluss zur Verfügung stehen. So können öffentliche Verwaltungen auf Augenhöhe mit den Auftragnehmern reden.

d) Maßnahmenadaption / Empfehlungen an den IT-Planungsrat

- Ergänzende Studie zur Erhebung notwendiger Inhalte beauftragen:
 - o Abnehmerwünsche, Erhebung derzeitiger Defizite
 - o AbsolventInnenbefragung: Was wäre wichtig?
 - o Abfrage zu weiteren Publikationen innerhalb der Community (Lehrende an Hochschulen für die öffentliche Verwaltung)
 - o Einbeziehung von Expertisen aus allen inhaltlich betroffenen Segmenten (Informatik, Verwaltungswissenschaften)
 - o Befragungen abnehmender Organisationen (insbesondere kommunale Ebene) einbeziehen
- Förderung der Entwicklung eines Referenzmodells für einen Master in E-Government-Gestaltung⁵
- Evtl. weitere Referenzrahmen z.B. für Verwaltungsinformatik (BA) entwickeln, durchaus ausgehend von den vorhandenen Angeboten⁶
- Erhebung von Angeboten interner Weiterbildungseinrichtungen für die öffentliche Verwaltung, auch mit dem Blick, hier möglicherweise Angebotswissen mit weiteren Verwaltungen teilen zu können
- Entwicklung einer Strategie zur langfristigen Stärkung der Hochschulausbildung für den Öffentlichen Dienst um solche Lehrinhalte, die für E-Government als unabdingbar identifiziert wurden. Dabei ist zu berücksichtigen:
 - o Derzeit fehlt es an ausgebildeten ProfessorInnen für dieses Segment und an Strukturen, die diese künftig hervorbringen können.
 - o IT-nahe Inhalte sind vor allem in den allgemein ausgerichteten Studiengängen nur schwer durch Fachpersonal zu vermitteln, da sie dort auch künftig eher Nebenfachcharakter haben und eine kritische Masse an Stunden für die Schaffung von Professuren erforderlich ist. Auch die Rekrutierung von Externen ist in diesem Segment nicht einfach.

⁵ Dieser Ansatz wird z. B. ggw. an Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen verfolgt.

⁶ Dieser Ansatz wird z. B. ggw. an der Dualen Hochschule Mannheim verfolgt (vgl. die am 27.11.15 abgerufene Nachricht vom 17.06.2015 unter [http://www.dhbw.de/die-dhbw/aktuelles/detail/2015/6/prof. dr.-ing. joerg_baumgart_uebernimmt_amt_des_prorektors_an_der_dhbw_mannheim.html](http://www.dhbw.de/die-dhbw/aktuelles/detail/2015/6/prof._dr.-ing._joerg_baumgart_uebernimmt_amt_des_prorektors_an_der_dhbw_mannheim.html))